

*Lindern,
was nicht zu
heilen ist*

30 Jahre
UOKG –
Der Festakt



UOKG e.V. (Hrsg.)

HERSTELLUNG

Satzherstellung Neymanns
Telefon: (030) 70 24 22 24
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com
www.satzherstellung.com



Gedruckt mit freundlicher
Unterstützung der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

FOTOS

Quellen sind jeweils angegeben:
BArch oder UOKG
Titelbild: UOKG/Sachse

Diese Veröffentlichung stellt keine
Meinungsäußerung der UOKG dar.

Für die inhaltlichen Aussagen
sind die Autoren verantwortlich.

Herausgegeben durch die Union
der Opferverbände Kommunistischer
Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

REDAKTION

Christian Sachse

REDAKTIONSSCHLUSS

10. Dezember 2021

POSTANSCHRIFT

Bundesgeschäftsstelle der UOKG
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Telefon: (030) 55 77 93 51)
Mail: info@uokg.de
www.uokg.de

INHALT

Einleitung	4
Der Festakt.....	7
Leben und ein Gedicht von Edeltraud Eckert – Professorin Dr. Ines Geipel.....	7
Begrüßung durch Dieter Dombrowski, Landrat a.D., Bundesvorsitzender der UOKG.....	9
Begrüßung durch Prof. Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundearchivs.....	10
Grußwort von Prof. Dr. Monika Grütters, MdB, Staatsministerin bei der Bundes- kanzlerin und Beauftragte der Bundes- regierung für Kultur und Medien	14
Grußwort von Bürgermeister Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa in Berlin	18
Grußwort von Marco Wanderwitz, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim	

Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundes- regierung für die neuen Bundesländer	22
Dieter Dombrowski: Festvortrag „Lindern, was nicht zu heilen ist.“	25
Grußwort von Evelyn Zupke, SED-Opfer- beauftragte beim Deutschen Bundestag....	40
Grußwort von Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	45
Grußwort von Tom Sello, Berliner Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	48
Verleihung der Goldenen Ehrennadel der UOKG an Dr. Roland Jahn	52
Ehrendes Gedenken	56
Aus der Geschichte der UOKG: Die Kongresse.....	57
Die Mitglieder der UOKG	61

Einleitung

Am 27. August 2021 kamen im Haus 22 des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit Vertreter der Mitgliedsverbände, Politiker und Unterstützer der UOKG zusammen, um den



Prominente Besucher (v.l.n.r.): Prof. Michael Hollmann, Staatssekretär Marco Wanderwitz, Staatsministerin Monika Grütters, Evelyn Zupke, Senator Klaus Lederer, Anna Kaminsky, Tom Sello. Im Hintergrund Mitte Monika Lazar und Rainer Wagner (Foto: StUA/Witzel).

30. Gründungstag der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft zu feiern. Wegen der Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie fiel der Kreis der eingeladenen Gäste kleiner aus als ursprünglich vorgesehen. Auch auf einen festlicheren Ort, etwa einen Saal im Berliner Roten Rathaus, musste verzichtet werden. Stattdessen war es immerhin möglich, die Veranstaltung mittels YouTube zu übertragen. So kamen 200 weitere Interessierte in den virtuellen Genuss der Veranstaltung. Darunter waren Betroffene und SED-Opfer, die sich möglicherweise auch aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht auf den oftmals weiten Weg durch ganz Deutschland gemacht hätten. Die UOKG wird diesen Weg des direkten Kontaktes mit den Opfern weiter beschreiten und ausbauen.

An der Feier nahmen einige Politiker teil, mit denen sich über die Jahre eine fruchtbare Zusammenarbeit eingestellt hat. Dazu gehören Staatsministerin Monika Grütters als Bundesministerin für Kultur und Medien, Staatssekretär Marco

Wanderwitz als Ostbeauftragter der Bundesregierung, der Berliner Kultursenator Klaus Lederer, der Präsident des Bundesarchivs Professor Michael Hollmann. Unter den anwesenden Bundestagsabgeordneten befanden sich Katrin Budde, Elisabeth Motschmann und Monika Lazar. Herzlich begrüßt wurden die SED-Opferbeauftragte des Deutschen Bundestages Evelyn Zupke, die Direktorin der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur Anna Kaminski und der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Tom Sello. Unter den Unterstützern „außer Dienst“ wurden besonders herzlich willkommen geheißen: der ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn und der ehemalige Bundesvorsitzende der UOKG Rainer Wagner.

Die Zuschauer wurden durch die Veranstaltung begleitet vom Grundsatzreferenten der UOKG Benjamin Baumgart sowie durch die internationale Band „Moon Glow“, die mit frischen und nachdenklichen Tönen für die richtige Stimmung sorgte.



Der letzte „große Auftritt“ unseres Grundsatzreferenten Benjamin Baumgart als Moderator. Er wechselt zur Opferbeauftragten Evelyn Zupke.

*Wir wünschen ihm alles Gute!
(Foto: UOKG/Sachse).*



*Die internationale Band „moon glow“ – Berlin.
(Foto: StUA/Witzel).*

Eröffnet wurde der Festakt von Professorin Ines Geipel. Sie trug ein Gedicht von Edeltraud Eckert vor, die mit 20 Jahren wegen ihres politischen Widerstandes ins Zuchthaus kam und nach 5-jähriger Haft an den Folgen eines unversorgten Arbeitsunfalles zu Tode kam.

Nach der Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski und den neuen Hausherren, den Präsidenten des Bundesarchivs, Pro-



fessor Michael Hollmann folgten die Grußworte der prominenten Gäste. Die Festrede hielt der Bundesvorsitzende der UOKG selbst. Über die Gründe sprach er am Anfang seiner Rede.

Nach dem letzten Grußwort verlieh die UOKG an Roland Jahn die „Goldene Ehrennadel“. Nach dem Abschluss des feierlichen Aktes wurde erstmals der neu entstandene Film „30 Jahre UOKG“ gezeigt, der die wichtigsten Stationen aus der Geschichte der UOKG Revue passieren lässt.

Im Anschluss trafen sich die Besucher zu einem kleinen Imbiss und geselligen Gesprächen, die angesichts der Corona-Regeln leider etwas distanziert ausfallen mussten.

*Erste Gespräche (v.l.n.r.) Prof. Johannes Weberling, Evelin Zupke, Wolfgang-Christian Fuchs, Nils Schwiderski, Dieter Dombrowski, Thomas Lindner.
Foto: Sachse/UOKG*

Der Festakt

Ort und Zeit: 27. August 2021 in der ehemaligen Stasi-Zentrale, dem heutigen Campus der Demokratie, Berlin, Ruschestraße 103 im Haus 22.

Die Beiträge geben das gesprochene Wort wieder.

Leben und ein Gedicht von Edeltraud Eckert – Professorin Dr. Ines Geipel

Die Dichterin Edeltraud Eckert, 1930 in Hindenburg, Schlesien geboren, flieht mit ihrer Familie im April 1945 nach Brandenburg an der Havel, macht dort ihr Abitur und beginnt 1949 ein Pädagogikstudium an der Humboldt-Universität in Berlin. An der Uni erfährt sie von den NKWD-Lagern in Ostdeutschland, schließt sich einer kleinen Widerstandsgruppe an, wird aber direkt von ihrer Nachbarin denunziert und im Mai 1950, 20-jährig, verhaftet. Das Sowjetische Militär-



*Prof. Ines Geipel erinnert an Edeltraud Eckert
(Foto: StUA/Witzel).*

tribunal in Potsdam verurteilt Edeltraud Eckert zu 25 Jahren Zuchthaus und Zwangsarbeit. Sie muss zunächst ins Zuchthaus Bautzen, dann ins berüchtigte Waldheim und wird im März 1954 in die Frauenhaftanstalt Hoheneck verlegt. Dort kommt es im Januar 1955 zu einem schweren Arbeitsunfall, bei dem ihre Kopfhaut großflächig abgerissen wird. Die Wunde wird medizinisch nicht versorgt, sodass sich schwere Infektionen und mehrere Operationen anschließen.

Edeltraud Eckert stirbt im April 1955 mit 25 Jahren im Haftkrankenhaus Meusdorf an Wundstarrkrampf. Sie wird eingeäschert und anonym in einem Massengrab verscharrt. Was wir von ihr haben, ist ein kleines Oktavheft, in das sie im Zuchthaus Waldheim ihre Gedichte schrieb. 2005 erschien von ihr der Gedichtband „Jahr ohne Frühling“ in der Reihe „Die Verschwiegene Bibliothek“ in der Büchergilde Gutenberg in Frankfurt am Main.

Ich lese ein Gedicht von Edeltraud Eckert:

Waldheim, 18. Oktober 1951

EIN BRIEF

Ich weiß nicht viel von mir zu sagen,
nur dass ich lebe, dass ich bin,
und alle Wünsche, die mich tragen,
sind im Verzicht ein Neubeginn.

Als ich euch damals lassen musste,
war ich beinah noch ein Kind,
das nichts von all den Tiefen wusste,
die oft ein buntes Trugbild sind.

Die Menschen, die mich hier umgeben,
stehn grell geschminkt im kalten Licht,
das man das Schicksal nennt. Sie leben
zumeist mit Masken vorm Gesicht.

So steh ich wartend unter Vielen.
Ich lache mit – und bin nicht froh.
Ich hör und seh mich selber spielen.
Mein Herz ist weit, ist anderswo.

[Stille im Saal]

Begrüßung durch Dieter Dombrowski, Landrat a.D., Bundesvorsitzender der UOKG

Liebe Frau Staatsministerin, liebe Frau Zupke, liebe Frau Kaminsky, lieber Herr Hollmann als Hausherr, sehr geehrter Herr Staatssekretär Marco Wanderwitz, sehr geehrter Herr Tom Sello, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kultursenator Lederer, sehr geehrte Frau Motschmann, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Ihnen herzlich danken, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind zu diesem Festakt. Dazu nachher mehr in meiner Festrede. Wir waren uns unsicher, wie wir das nun machen sollen bei den Wetterkapriolen. In Teilen von Berlin hat es heute früh noch in Strömen geregnet. Hier kam dann die Sonne hervor. Und wir haben uns dann doch entschieden, den Plan B zu realisieren und das in den Räumen hier zu machen. Ich habe Herrn



*Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG
(Foto: StUA/Witzel)*

Hollmann als Hausherrn auch schon vorhin gesagt: Das hat auch den Vorteil, dass man sieht, was hier noch so alles zu tun ist. [Heiterkeit]

Seien Sie herzlich alle begrüßt. Dann hoffe ich, dass wir eine angenehme und inhaltsreiche Tagung haben. [Beifall]

Begrüßung durch Prof. Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundearchivs

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das ist eine noch völlig neue Rolle für mich, hier als Hausherr titulierte zu werden. Umso mehr freue ich mich, Ihnen in dieser neuen und für mich noch ungewohnten Rolle ein herzliches Willkommen sagen zu dürfen zu einer Veranstaltung mit einem besonderen Anlass. Dreißig Jahre, das ist eine beachtliche Zeit - gerade, wenn es um eine Institution geht, die sich mit so schwierigen Themen beschäftigt wie die UOKG. In diese Beschäftigung Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit hineinzutragen, ist eine wirklich bedeutende Leistung und eine Arbeit, die fortzuführen ich für ganz besonders wichtig halte.

Dreißig Jahre sind ein Zeitraum, nach dessen Ablauf man normalerweise Rückschau und Vor-



Prof. Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundearchivs (Foto: StUA/Witzel).

ausschau hält - Rückschau auf die eigene Arbeit und das Geleistete. Und wenn ich meine neue Verantwortung für das Stasi-Unterlagen-Archiv auch erst seit kurzem trage, habe ich doch jetzt schon Anlass, der UOKG große Anerkennung und hohen Respekt zu bezeugen: Da ist Vieles und Gewaltiges geleistet worden. Und wir, das heißt die ganze Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, können Ihnen dankbar dafür sein, dass Sie sich der schwierigen Aufgabe annehmen, den Opfern der kommunistischen Diktatur in der DDR eine Stimme zu geben und für ihre Interessen einzutreten. Aber es geht auch um den Blick nach vorn. Was wird kommen, wie wird die Zukunft von Erinnerung und Aufarbeitung sein? Als neue zentrale Rolle neben und bald vielleicht sogar von höherem Gewicht als die Unterstützung der Opfer bei Rehabilitation, Entschädigung und persönlicher Bewältigung?

Wir alle haben uns in den letzten Jahren - und Sie entschuldigen, wenn ich mir das Recht nehme, einige wenige Bemerkungen hier vorzutra-

gen - sehr stark beschäftigt mit dem „Right to be forgotten“. Immer, wenn wir über Datenschutz und die Datenschutz-Grundverordnung gesprochen haben, war das ein ganz zentraler Topos. So, als ob es ein zentrales Anliegen der Menschen wäre, vergessen zu werden. Ich habe das immer anders gesehen und sehe es auch heute noch anders, denn ich glaube, dass der Wunsch erinnert zu werden - das „Right to be remembered“ - das viel menschlichere und viel vorrangigere Anliegen ist. Und wir haben es eben gehört, wie wichtig es ist, dass Menschen nicht einfach so verschwinden, verscharrt werden geradezu, sondern dass wir die Gelegenheit zum Erinnern suchen und finden, und sei es „nur“ über ein Gedicht.

Für das Bundesarchiv und natürlich ganz speziell für das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv würde ich deshalb hier auch gern ein Statement abgeben. Denn normalerweise ist es das wichtigste Gut, mit anderen Worten, es sind sozusagen die Kronjuwelen eines Archivs, neutral zu sein und nicht selbst auf die Bildung von Narra-

tiven und auf die Gestaltung von Erinnerungen Einfluss zu nehmen. Wohin das führt oder wohin das führen kann, das können wir derzeit sehr gut zum Beispiel in Russland beobachten. Nein, diese Neutralität ist für uns wichtig: Dass man ins

Archiv, ins Bundesarchiv kommen kann, kommen muss, um Geschichtserzählungen zu erarbeiten, aber auch diese Erzählungen zu überprüfen und sie am Veto-Recht der Quellen messen zu können.



Impressionen aus dem Publikum...

Foto: Sachse/UOKG

Es gibt einen einzigen Punkt, an dem wir von dieser Zurückhaltung keinen Gebrauch machen: Das ist, wenn es um die Opfer geht. Die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist leider durchaus geprägt von Epochen, für die die Erinnerung schwerfällt. Eine „böse Erinnerung“ ist das mal genannt worden, denn es sind Erinnerungen an schwierige, schlimme Zeiten. Hier sehen wir unsere ganz besondere Verantwortung als Archiv: Den Opfern von Gewaltherrschaft und Terror – sei das die koloniale Herrschaft in Afrika und Ozeanien, sei das die NS-Gewaltherrschaft, Holocaust und Porajmos, sei das auch natürlich die Erinnerung an die Untaten, an die Verbrechen der kommunistischen Gewaltherrschaft insbesondere im Osten Deutschlands – sind wir in besonderer Weise verpflichtet, sie nicht Vergessenheit geraten zu lassen, das ist unsere besondere Aufgabe. Da sind wir nicht ganz neutral, sondern da stehen wir dafür, dass die Erinnerungen an die Menschen, die Opfer, Leidtragende dieser Diktaturen, Gewaltherrschaften waren, erhalten bleiben. Deshalb ist das, auch

wenn das in den Medien bisweilen anders formuliert wird, keine politische Entscheidung, wenn wir sagen: Wir wollen die Stasi-Unterlagen vollständig, zu hundert Prozent aufbewahren. Das ist auch eine archivistische, eine archivfachliche Entscheidung, hinter der wir voll und ganz stehen. Und wir sind froh, dass die Politik uns in dieser Hinsicht unterstützt. Ich glaube, wir sind es den Opfern schuldig, an sie zu erinnern. Und wir sind es unseren Kindern und Kindeskindern schuldig, an diese schlimme Vergangenheit zu erinnern und sie damit auch ein Stück weit in die Lage zu versetzen, ihr Leben ganz bewusst in Absetzung von diesen Epochen der deutschen Geschichte anders zu gestalten.

Dass Sie der gleichen Meinung sind und dass Sie dieses Anliegen unterstützen, das zeigen Sie nicht zuletzt dadurch, dass Sie heute dem Geburtstagskind, nämlich der UOKG, die Ehre erweisen. Und in diesem Sinne freue ich mich sehr, dass Sie hier sind. Vielen Dank! [Beifall]

Grußwort von Prof. Dr. Monika Grütters, MdB, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, insbesondere die Vorsitzende des Kulturausschusses, Frau Budde, Frau Motzschmann... Ich freue mich, dass Vertreter der Parlamente hier sind. Lieber Staatssekretär Marco Wanderwitz, lieber Herr Senator Lederer, lieber Herr Dombrowski, liebe Frau Zupke, Herr Professor Hollmann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

„Hab oft nach Angstschweiß wie nach / Heldentum gerochen ...“, heißt es in einem Gedicht Wolf Biermanns am Ende seiner Memoiren. Wie nah beieinander Angstschweiß und Heldentum, Mut und Verzweiflung liegen, davon können auch viele von Ihnen ein bitteres Lied singen, die Sie



Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Dr. Monika Grütters, MdB (Foto: StUA/Witzel).

es gewagt haben, den umfassenden Machtanspruch der SED in Frage zu stellen. Sie haben dafür mit hohen persönlichen Risiken, mit Nachteilen und Einschränkungen bezahlt und mussten die zermürenden Schikanen der Staatssicherheit, oft auch Haft und Gewalt, ertragen.

Dass das Bewusstsein für dieses Unrecht im wiedervereinten Deutschland gewachsen ist, zählt zu den herausragenden und bleibenden Verdiensten der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Sie hat sich seit ihrer Gründung 1991 zu einem unverzichtbaren Partner der Bundesregierung bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur entwickelt. Vor allem aber steht sie ihren rund 40 Mitgliedsverbänden mit Rat und Tat zur Seite. Sie kümmert sich mit Nachdruck, Beharrlichkeit und unermüdlichem Engagement um die Belange der verschiedenen Opfergruppen und sorgt dafür, dass das ganze Ausmaß des kommunistischen Unrechts in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR und das ganze Ausmaß des Leids seiner Opfer sichtbar werden und sichtbar bleiben. Für diesen Beitrag zur Aufklärung über Diktatur und Widerstand wie auch für so manche Diskussion, die Sie damit angestoßen haben, danke ich Ihnen, lieber Herr Dombrowski – stellvertretend auch für Ihre Vorgänger –, und Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern sehr herzlich.

Und Sie, lieber Herr Dr. Jahn, sind für Ihre Verdienste um die Aufarbeitung des SED-Unrechts vom Bundespräsidenten gerade mit dem großen Verdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. Dafür ganz herzlichen Glückwunsch. [Beifall]

Über Diktaturerfahrungen zu reden, persönlichen Geschichten und unterschiedlichen Perspektiven Raum zu geben und dabei natürlich immer auch Konflikte zuzulassen und kontroverse Debatten auszutragen – das war (und ist) oft mühevoll und schmerzhaft, aber genau das ist Aufarbeitung und das Mindeste, was die Opfer staatlicher Unterdrückung und Gewalt im wiedervereinten demokratischen Deutschland erwarten können. Aufarbeitung bedeutet auch Anerkennung: Aufarbeitung bedeutet, die Lebensleistung all jener DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu sehen, die sich den Traum von einem selbstbestimmten Leben selbst hinter Mauern und Stacheldraht nicht nehmen ließen, die für ihre Träume oder Überzeugungen verfolgt und verhaftet wurden und deren Sehnsucht nach Freiheit schließlich 1989 revolu-

tionäre Kraft entfaltete. Aufarbeitung heißt aber auch, jene nicht zu vergessen, die ohne irgendeinen, für sie erkennbaren Grund ins Visier der Staatssicherheit und in das menschenverachtende Räderwerk der Repression gerieten. Viele Leidtragende der kommunistischen Gewaltherrschaft berichten heute als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen von ihren Erfahrungen oder engagieren sich in der außerschulischen Bildungsarbeit. Auch ihnen sind wir dankbar. Denn ihre Erinnerungen vermitteln Menschen, die den Schrecken einer Diktatur nie selbst erleben mussten (auch ich bin im Westen Deutschlands geboren), die Gefahren totalitärer Ideologien und den Wert demokratischer Grundrechte.

Die Erinnerung an den Mut der Oppositionellen, der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler, und das Bewusstsein für den Wert demokratischer Freiheiten lebendig zu halten – das ist auch der Anspruch, mit dem wir die ehemalige Stasi-Zentrale zum Campus für Demokratie, zu einem Ort der Aufklärung über Diktatur und

Widerstand entwickeln. Darüber hinaus fördert die Bundesregierung aus dem Kulturerbe Einrichtungen und Initiativen, die Gewalt und Repressionen durch das kommunistische Regime in der SBZ und DDR dokumentieren und aufarbeiten. Die Fördersummen dafür haben wir seit meinem Amtsantritt massiv erhöht – auch für die UOKG, die wir inzwischen mit 400.000 Euro jährlich fördern. Denn ich bin überzeugt: Das gemeinsame Bemühen um Aufarbeitung stärkt nicht nur die gesellschaftlichen Widerstände und Kräfte gegen totalitäre Ideologien, sondern auch das Vertrauen, dass die Hoffnung auf ein besseres Leben und der Glaube an eine bessere Welt gewaltige Veränderungskräfte entwickeln können.

Aus der Erinnerung an die Menschen, deren Mut und Leidenschaft, deren Angstschweiß und Heldentum – um Wolf Biermanns Worte noch einmal zu zitieren – der Friedlichen Revolution den Weg bereitet haben, können wir lernen, Handlungsspielräume zu erkennen und lähmen-

de Lethargie zu überwinden. In diesem Sinne gratuliere ich der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft zu 30 Jahren wahrhaft verdienstvoller Arbeit und danke Ih-

nen allen, verehrte Damen und Herren, die Sie sich in den Opferverbänden engagieren, für Ihren Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Vielen Dank. [Beifall]



Impressionen aus dem Publikum...

Foto: Sachse/UOKG

Grußwort von Bürgermeister Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa in Berlin

Meine sehr verehrten Anwesenden,
sehr geehrter, lieber Herr Dombrowski,
liebe Frau Dombrowski, sehr geehrte Frau
Staatsministerin, sehr geehrte Frau Zupke,
sehr geehrte Frau Geipel, sehr geehrte
Frau Kaminski, sehr geehrter Herr Hollmann,
sehr geehrter Herr Wanderwitz und sehr
geehrter Herr Sello, meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen sehr, sehr herzlich für die Ein-
ladung zum Festakt zum 30. Jahrestag des Be-
stehens der Union der Opferverbände Kommu-
nistischer Gewaltherrschaft. Heute für den Senat
und in Vertretung des Regierenden Bürgermeis-
ters Michael Müller hier sprechen zu können, ist
mir eine große Ehre und ein Bedürfnis gleicher-
maßen. Anfang 2017 – war gerade erst wenige
Monate im Amt – stand ich schon einmal vor



*Bürgermeister Dr. Klaus Lederer, Senator für
Kultur und Europa in Berlin (Foto: StUA/Witzel).*

Ihnen. Dieser 15. Februar 2017 war für mich ein
sehr ergreifender Tag. Ich habe damals das vor-
bereitete Manuskript beiseitegelegt und auf die
Ehrlichkeit der Formulierungen aus dem Bauch
heraus vertraut. Und nicht selten in den vergan-
genen fast fünf Jahren kamen bei mir Erinnerun-
gen an diesen Tag, an diesen 15. Februar 2017
hoch, der für mich nicht leicht war – für viele von
Ihnen jedoch weitaus schwerer. Für nicht weni-
ge war es eine Zumutung, einem Bürgermeis-
ter von der Partei DIE LINKE zuhören zu sollen.
Manche verließen den Saal, viele jedoch blieben
und hörten zu. Und wichtiger noch: Wir kamen
ins Gespräch. Damals sagte ich Ihnen: Danke,
dass Sie mich aushalten. Vielleicht – und ich hof-
fe und wünschte es – sind wir nun fast fünf Jah-
re später gemeinsam ein Stück weiter, denn es
war einiges, das wir zusammen bewegt haben in
diesen Jahren. Zunächst gilt Ihnen aber erneut
mein allerherzlichster Dank, mein Dank für un-
ermüdliches zivilgesellschaftliches Engagement,
Ihren unermüdlichen Einsatz und Ihre großartige
Unterstützung für die Opfer des SED-Regimes.

Sie sind es, die die Erinnerung an dieses Kapitel
deutscher Geschichte immer wieder wachhalten
und einfordern. Und wiederholt und natürlich
nachdrücklich die Fortsetzung der Aufarbeitung
anmahnen. Dies blieb nicht ohne Erfolge, wenn
wir uns beispielsweise nur die Überarbeitung der
Rehabilitierungsgesetze anschauen.

Zu den 30 Jahren UOKG werden weitere Jahre
hinzukommen – müssen hinzukommen. Denn,
das ist meine feste Überzeugung, es darf kein
Schlusstrich für die Aufarbeitung des SED-Un-
rechts geben. Es darf ihn nicht geben. Die Orte
der Täter und Opfer bleiben wichtiger Bestand-
teil der Erinnerungskultur – und es gilt, sie wei-
terzuentwickeln. Die Schicksale und Erzählungen
müssen bewahrt und ausgetauscht werden. Das
ist meine persönliche Sicht. Das ist meine Sicht
seit Jahren. Das Bild, das einige von Ihnen vor
fünf Jahren hatten, das Bild eines Vertreters je-
ner Partei, die in der Nachfolge der Partei steht,
die Biografien gebrochen, Menschen gebogen
hat, dieses Bild hat sich vielleicht durch die ge-

meinsame Arbeit, unsere Gespräche, den Austausch geändert – relativiert, vielleicht etwas. Ja, und die gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Zielen. Und wenn auch die Projekte unterschiedlich schnell vorangekommen sind, einige Dinge konnten wir doch erreichen. Für die Keibelstraße ist aktuell die Machbarkeitsstudie in Arbeit. Da kann ich Frau Motschmann insbesondere noch einmal Danke sagen. Wir werden das Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einem Lern- und Erinnerungsort entwickeln. Gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Deutschland und der Bundesregierung unterstützen wir das Robert-Havemann-Archiv, die Gedenkstätten der SED-Diktatur in Berlin. Die Stiftung Berliner Mauer und die Gedenkstätte Hohenschönhausen haben wir strukturell gestärkt und insbesondere die Arbeit der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit einer anderen Anerkennung versehen.

Das Parlament der Bäume, initiiert vom kürzlich verstorbenen Ben Wagin, haben wir gesichert

und als ein authentisches, als ein künstlerisch überformtes Stück Mauer erhalten. Die East Side Gallery haben wir in die Stiftung Berliner Mauer überführt, um dort Lern- und Vermittlungsarbeit machen zu können. Es gibt inhaltliche Vorbereitungen, um den Checkpoint Charlie perspektivisch angemessen und würdig nutzen zu können. Auch dort, am authentischen Ort, soll ein Lern- und Erinnerungsort entstehen.

Und wir haben die Jahrestage genutzt, um die Erinnerung im Stadtbild wachzuhalten – digital wie analog: an die Diktatur im Osten, an die Mauer, vor allem aber ihre Überwindung durch die Mutigen, die dagegen aufbegehrten. Mag sein, dass es manchen zu wenig ist. Dann ist das ein guter Grund, weiterzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir sind es Ihnen, den Opfern, schuldig, mit der Erinnerungsarbeit fortzufahren. Eines ist mir dabei besonders wichtig: Wir dürfen beim Erinnern und Gedenken nicht in Rituale verfallen. Im Interesse der kommen-

den Generationen brauchen wir Bildungsarbeit, müssen wir aus den authentischen Orten der Erinnerung wirkliche Lernorte machen. Junge Menschen sollen aus dem Ihnen widerfahrenen Leid und Unrecht lernen, erkennen, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Und dass es unser aller Mithilfe braucht, damit undemokratische, menschenfeindliche Bestrebungen keine Chance haben. Nie wieder.

Ich bin der Überzeugung, dass wir angesichts anhaltender antidemokratischer Entwicklungen noch sensibler mit diesem Teil der deutschen Geschichte umgehen müssen, der Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterhin einen extrem großen Stellenwert einräumen und im ständigen Austausch bleiben müssen. Sie sind dabei Vorbilder.

Vor fünf Jahren sagte ich: „Kommen wir ins Gespräch. Das müssen wir aushalten.“ Heute sage ich: „Bleiben wir im Gespräch. Wir halten das aus. Und wir finden gemeinsam Wege.“

Ja, bleiben wir im Gespräch. Ich bin bereit dazu. Meinen herzlichen Glückwunsch. Und vielen Dank für Ihr Engagement in den vergangenen 30 Jahren. [Beifall]



*Eben hatte es noch in Strömen geregnet...
Foto: Sachse/UOKG*

Grußwort von Marco Wanderwitz, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Dieter, stellvertretend Dir als Vorsitzendem die Begrüßung. Neben allen anderen, die schon begrüßt wurden, möchte ich die Kollegin begrüßen, die hier noch nicht genannt worden ist aus dem Deutschen Bundestag, Monika Lazar. Ich hoffe, ich habe jetzt niemanden übersehen. Weil es natürlich wichtig ist, dass wir über viele Parteigrenzen hinweg Abgeordnete haben, die sich mit Ihnen gemeinsam für Ihr Anliegen engagieren.

Ich war 1989 gerade 14 Jahre alt geworden und weiß also nicht so viel aus eigenem Erleben von dem, was vor 1989 passiert ist. Es gibt



Marco Wanderwitz, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Foto: StUA/Witzel).

ein schönes Zitat von Oscar Wilde, das mir in die Hände gefallen ist - vor längerer Zeit schon, heute passt es mal wieder. Er hat einmal gesagt: „Um manche Delikte zu begreifen, genügt es, die Opfer zu kennen.“ Also sollten wir uns die Opfer anschauen. Immer wieder. Edeltraud Eckert ist vorhin genannt worden. Ich habe mir viele dieser Opfer sehr genau anschauen können, müssen, dürfen. Weil in meinem an sich schönem sächsischen Wahlkreis auch das schon genannte Frauenzuchthaus Hoheneck liegt. Ich war gestern erst dort. Ich bin sehr froh, dass wir es gemeinsam geschafft haben, mit den Sachsen, liebe Monika Grütters, in Bälde eine institutionelle Gedenkstätte zu haben. Weil das einer der Punkte ist, an denen sich diese SED-Diktatur manifestiert. Man sieht, was sie Menschen angetan hat. Und um diese Menschen geht es.

Ich habe einige Jahre in der Funktion als Sprecher für Kultur und Medien gearbeitet, die jetzt meine Kollegin Elisabeth Motschmann für meine Fraktion im Deutschen Bundestag innehat. Da-

her habe ich mich auch als Abgeordneter mit diesem Themenkreis sehr eng befasst und habe mir viele solche Opferbiografien angeschaut, habe mit vielen sprechen können, die Opfer geworden sind, zum Beispiel von Zersetzungsmaßnahmen. Auch mit denen, die jetzt noch Politik machen, wie beispielsweise mit meinem sächsischen Kollegen Arnold Vaatz. Als Nachgeborener, Spätgeborener, kann man - glaube ich - nur wenn man diese Biografien kennt, mit den Menschen oder mit ihren Nachkommen spricht, nur dann kann man verstehen, was da in unserer Gesellschaft in diesen Jahren passiert ist.

Deswegen möchte ich kurz auf zwei Dinge eingehen: Vielen, vielen Dank für die Arbeit der UOKG, für jede und jeden Einzelnen, die sich engagieren, die Mitglied sind, die auch immer wieder für uns Politikerinnen und Politiker Stachel im Fleisch sind, dass die Dinge nicht schnell genug gehen, dass Dinge unbefriedigend sind. Wir wissen ja alle, dass sich der Rechtsstaat mit der Aufarbeitung einer Diktatur bekanntermaßen

schwertut. Und dass da auch unbefriedigende Dinge zurückbleiben. Deswegen reden wir auch nach dreißig Jahren regelmäßig darüber: Wie können wir zum Beispiel Rehabilitierungsgesetze noch besser gestalten.

Ich hoffe, dass Sie alle die Kraft und Energie haben, auch die nächsten dreißig Jahre diesen Weg weiterzugehen. Es ist für uns alle, Demokratinnen und Demokraten, und vor allen Dingen für die, die in politischen Ämtern sind, eine Pflicht und Schuldigkeit, die Erinnerung an diese Machenschaften, diese Verbrechen, diese Diktatur wachzuhalten. Einerseits, damit wir alle, die wir in diesem Land leben, wissen, was war, damit es sich nicht wiederholt. Und vor allem, weil wir es jeder jungen Generation wieder vermitteln müssen.

Bei mir zu Hause in Zwickau demonstriert seit einiger Zeit wieder die „Freie Deutsche Jugend“. Da fällt einem nichts mehr ein. Außer, dass da offensichtlich verirrte junge Menschen sind, denen wir noch einmal nahebringen müssen, womit sie sich da gemein machen. Ich unterstelle es jetzt einfach mal: Sie scheinen es ja wirklich nicht zu wissen. Dieses Wissen wirklich weiterzugeben, damit so etwas nie wieder passiert, das ist unsere Aufgabe - und unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit in der Politik. Und ich will Ihnen das für meinen Teil zusagen. Und ich weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen das genauso sehen.

Vielen Dank, dass es Sie gibt. Lassen Sie uns gemeinsam weiterkämpfen für die Demokratie – und dafür, dass sich so etwas nie wieder wiederholt. [Beifall]

Dieter Dombrowski: Festvortrag „Lindern, was nicht zu heilen ist.“

Meine Damen und Herren, gleich noch vorneweg eine Erläuterung. Ich habe in meiner Begrüßung vorhin nicht alle begrüßt, sowohl Anwesende als auch Nichtanwesende, denen wir zu Dank verpflichtet sind, weil ich das in meinen Redetext eingearbeitet habe. Dazu dann also ein wenig später.

Meine Damen und Herren, ich habe heute die Aufgabe, die Festrede anlässlich des 30. Gründungstages der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) zu halten. Normalerweise lädt man sich anlässlich eines Jubiläums einen Festredner ein, der dann in angemessener Weise die Arbeit und die Verdienste einer Institution oder einer Person würdigt.

Das hätten wir auch gern so gehabt, aber unsere Bitte an den Präsidenten des Deutschen Bundes-



Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG
Foto: StUA/Witzel



Blick in den trotz Corona gut gefüllten Zuschauersaal, im Vordergrund Ines Geipel und Michael Hollmann (Foto: StUA/Witzel).

tages, hier eine Festansprache zu halten, war ihm nicht einmal eine ordentliche Absage wert. Vielmehr mussten wir auf telefonische Nachfragen darum bitten, eine Absage zu erhalten.

Unsere Bitte, diese Einladung an einen der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen des Bundestages weiterzugeben, wurde ebenso brüsk abgelehnt, weil dies nicht üblich sei.

Wir haben unsere Einladung mit Erläuterung der Vorgeschichte an alle Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gerichtet.

Mit Ausnahme von Petra Pau gab es keine Rückmeldung. Das ist – finde ich – peinlich.

Vielleicht hat es ja auch sein Gutes, wenn sich hier kein Festredner mühen muss, eine Rede zu halten, die ihm vielleicht nicht behagt. Stattdessen müssen Sie dann mit mir vorliebnehmen. Und da können Sie sich darauf verlassen, das kommt aus tiefstem Herzen.

Meine Damen und Herren, auch wenn dies ein kritischer Anfang meiner Festrede war, möchte ich all denen, die uns in Politik und Verwaltung unterstützt haben, herzlich danken.

Aufrichtig und herzlich möchte ich den Abgeordneten des Deutschen Bundestages danken, die uns unterstützt haben. Es waren nicht so sehr viele, aber umso mehr sind wir jedem einzelnen zu Dank verpflichtet.

Ich möchte danken: Ralf Brinkhaus, Gitta Connemann, Elisabeth Motschmann, Arnold Vaatz, Kai Wegner, Dr. Günter Krings, Eckard Pols, Daniela Kolbe, Johannes Selle, Dr. Astrid Mannes, Marian Wendt, Dr. Jan Marko Luczak und Michael Kretschmer, dem heutigen Ministerpräsidenten von Sachsen.

Mit ihm gemeinsam haben wir damals im Deutschen Bundestag wesentliche Dinge auf den Weg bringen können, zum Beispiel die Forschungsprojekte „Landschaften der Verfolgung“.

Sehr herzlich danke ich Katrin Budde, Matthias Bartke, Dr. Karl-Heiz Brunner.

Zu Katrin Budde muss ich sagen: Vielleicht liegt es daran, dass wir den gleichen Bischof haben in Magdeburg. Anruf genügt. Die Dinge werden nicht immer gelöst, aber man weiß zumindest, dass es ein Problem gibt, über das man sich verständigen kann oder muss. Also, liebe Katrin Budde, ausdrücklich herzlichen Dank.

Ich danke auch Thomas Hacker und Peter Heidt von der FDP.

Peter Heidt hat zusammen mit Arnold Vaatz im September vorigen Jahres im Menschenrechtszentrum Cottbus zwei volle Tage lang in einem Tribunal gesessen, bei dem es um die Zwangsarbeit ging. Und ich weiß, was es für einen Abgeordneten bedeutet, zwei Tage lang auf einer Veranstaltung nicht nur zu sitzen, sondern mitzuwirken. Dafür herzlichen Dank.

Abschließend danken möchte ich Monika Lazar von den Grünen.

Sie war und ist für uns auch immer zwischen den Tagen ansprechbar. Wenn auch nicht immer alle Probleme gelöst werden können, es ist wichtig, voneinander zu wissen.

Zu bedanken habe ich mich bei den Fraktionen im Deutschen Bundestag, bei der CDU/CSU, bei der SPD, bei der FDP und auch bei den Grünen, die die Rehabilitierungsbeschlüsse alle mitgetragen haben, wie auch zum Schluss die Wahl der Opferbeauftragten. Die LINKEN haben sich enthalten – man hat also zumindest nicht versucht, das zu verhindern. Und das muss ich dann doch noch sagen: Abgelehnt hat alle Reha-Beschlüsse, die im Bundestag gefasst wurden, die AfD-Fraktion. Das wird vielleicht nicht jeder wissen.

Ich danke auch den Vertreterinnen und Vertretern von Landesregierungen und Landesparlamenten, die uns bei einzelnen Aktivitäten wie bei

der Vorbereitung von Bundesratsinitiativen und Veranstaltungen, unterstützt haben.

Danke auch den Beauftragten in den Ländern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die uns immer faire Partner waren. Aber auch der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur möchte ich für die dauerhafte gute Zusammenarbeit herzlich danken.

Meine Damen und Herren, die Widrigkeiten in der Konversation mit dem Bundestagspräsidenten waren für mich der Anlass, darüber nachzudenken, ob der heutige Tag, der 30. Jahrestag der Gründung der UOKG mit der Bezeichnung „Festveranstaltung“ überhaupt den richtigen Namen trägt.

Haben wir eigentlich etwas zu feiern?

Viel schöner wäre es doch, es müsste uns, die UOKG und alle Verbände, die an der Aufarbeitung des SED-Unrechts beteiligt sind, gar nicht geben.

Viel schöner wäre es doch, wenn es dieses Unrecht nicht gegeben hätte oder wenn das geschehene Unrecht wieder gut gemacht wäre.

Beides, meine Damen und Herren, trifft natürlich leider nicht zu.

Das Unrecht hat stattgefunden und das Unrecht ist in vielen Bereichen nicht oder noch nicht wieder gut gemacht, soweit das möglich ist. Darum habe ich meine Festrede unter das Motto dieser Veranstaltung gestellt:

„Lindern, was nicht zu heilen ist.“

Meine Damen und Herren, auch wenn der Fall der Mauer und des Unrechtsregimes der SED über 30 Jahre und das geschehene Unrecht oftmals noch ein paar Jahrzehnte länger her sind, sind die Wunden nicht geschlossen.

Die von der Landesbeauftragten Maria Nooke im März dieses Jahres vorgestellte repräsentative

Studie über die soziale Situation der SED-Opfer im Land Brandenburg gibt das wieder, was viele von uns befürchtet haben. Aber nun ist es Gewissheit.

Die Studie belegt, dass die SED-Opfer doppelt so häufig wie der Durchschnitt der Bevölkerung in prekären Verhältnissen leben und dass die SED-Opfer doppelt so häufig wie der Durchschnitt der Bevölkerung von chronischen Krankheiten betroffen sind.

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass die SED-Opfer, denen es deutlich schlechter geht als dem Durchschnitt der Bevölkerung, eine deutlich höhere Zustimmung zu den Institutionen unseres Rechtsstaates und damit zu unserer Demokratie dokumentieren.

In Kurzfassung könnte man das Ergebnis aus Sicht der SED-Opfer so zusammenfassen: Wir werden schlecht behandelt, aber wir stehen zu diesem Staat.

Ich möchte betonen, dass es sich hier nicht um Einzelmeinungen handelt, sondern um repräsentative Befunde im Land Brandenburg. In Thüringen hat sie schon vor Jahren mit ähnlichem Ergebnis stattgefunden. Im Land Berlin ist diese Studie gerade in Arbeit und ich denke, sie wird zu keinem anderen Ergebnis kommen, weil es das ist, was wir, die Opferverbände, von den Menschen hören, die sich an uns wenden.

Natürlich ist nicht jede Klage wirklich berechtigt, aber die Zahl der Klagen und Beschwerden, die in der Sache begründet sind, können nicht ignoriert werden. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen:

Da sind die Zwangsausgesiedelten. Das sind die Menschen die 1952 und 1961 unter dem Namen „Aktion Ungeziefer“ binnen drei Stunden ihre Häuser in Grenznähe räumen mussten. Betroffene sind heute auch anwesend, damals noch Kinder und Jugendliche, die zum ersten Mal in ihrem Leben ihre Eltern rat- und hilflos sehen mussten.

Die zusehen mussten, wie Fremde ihr Hab und Gut auf LKWs verluden, um sich in eine unbekannte neue Heimat zu transportieren lassen zu müssen, wo sie als Kriminelle angekündigt wurden.

Diese Menschen warten bis heute auf Wiedergutmachung oder Entschädigung. Nach meinem Eindruck geht es hier nicht nur um Geld, sondern es geht vor allem auch um Gerechtigkeit für die Eltern der hier Anwesenden.

Ich denke auch an die politischen Häftlinge, die Zwangsarbeit erdulden mussten. Geschuftet haben politische Häftlinge in Außenstellen von volkseigenen Betrieben, wo sie Waren produzierten, die zum großen Teil durch den innerdeutschen Handel nach Westdeutschland gelangten und dort unter Handelsnamen wie REVUE, Porst, Kunert und Sayonara Strumpfhosen, als Elektrogeräte der Marke Privileg, als Möbel von IKEA, als Stahlprodukte und so weiter wieder auftauchten.

Einzig IKEA hat sich frühzeitig zur Verantwortung und Wiedergutmachung bereit erklärt, auch wenn keine Schuld im juristischen Sinne besteht, wohl aber eine moralische Verantwortung.

Die Deutsche Bahn: Eigner ist hier der Bund, hat vor Jahren eine Studie in Auftrag gegeben über die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen bei der Deutschen Reichsbahn. Die Historiker kommen in der Studie zu einem eindeutigen Ergebnis, nämlich dass die politischen Häftlinge für Arbeiten eingesetzt wurden, die kein anderer machen wollte beziehungsweise aus Arbeitsschutzgründen machen durfte. Die Unfallhäufigkeit unter politischen Zwangsarbeitern, so stellt die Studie fest, war ungleich höher als im normalen Betrieb.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn, Herr Grube, äußerte sich zu den Gefangenentransportwaggons, dem sogenannten Grotewohl Express, die an die Linienzüge angehängt wurden, wie folgt: „So würde man heute nicht mal Schweine transportieren“.

Grube hat sich damals aus moralischer Verantwortung dazu bereit erklärt, dass sich die Deutsche Bahn aus moralischen Gründen zur Wiedergutmachung bekennen würde, wenn der Gesellschafter, also der Bund, dies befürwortet. Der Bund und der Aufsichtsrat haben diesem Anliegen eine Absage erteilt, weil es keine juristische Schuld gäbe.

Damit ist der Bund – in diesem Fall zumindest – ein negatives Beispiel.

Während IKEA die Bundesregierung schriftlich gebeten hat, bei der Überzeugungsarbeit zur freiwilligen Unterstützung eines Hilfsfonds bei der Wirtschaft zu werben, die von der Zwangsarbeit politischer Häftlinge profitiert haben, haben private Unternehmen mit derselben Begründung wie der Bund jedwede Verantwortung zurückgewiesen.

Nur zur Erinnerung, das ist der gleiche Bund, der kürzlich in einem Lieferkettengesetz von allen deutschen Importeuren verlangt, dass alles Menschenmögliche getan werden muss, um

Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen bei der Produktion von Gütern für den deutschen Markt auszuschließen.

Eigentlich bedarf es keines Gesetzes, um anständig zu handeln. So viel zur Glaubwürdigkeit von der einen oder anderen Handlung in der Politik.

Ein Dank an das Management von IKEA, das für sich entschieden hat, eine moralische Mitverantwortung zu übernehmen.

Eigentlich sollte die öffentliche Hand in diesen Dingen Vorbild sein, aber das kann ja noch werden.

Ein kleines Beispiel noch dazu: Jeder kennt den Otto-Versand. Der Otto-Versand hat verschiedene Versandhäuser aufgekauft, beziehungsweise die Namensrechte erworben.

Es haben sich vor einigen Monaten ehemalige Zwangsarbeiterinnen – insbesondere aus Hoheneck – mit der Bitte an den Otto-Versand ge-

wandt, der Verantwortung gerecht zu werden. Und die Damen, alle traumatisierte Frauen, haben vom Otto-Versand auch Antwort bekommen, höfliche, tröstende Worte, mit dem Hinweis, dass es keine juristische Verantwortung gibt. – Und versehen mit der Drohung, der unverhohlenen Drohung, dass dieses Antwortschreiben nicht weitergegeben werden darf und daraus auch nicht zitiert werden darf.

Das ist Deutschland 2021!

Ich denke in diesem Zusammenhang an die Menschen, die in politischer Haft und bei der Zwangsarbeit zu psychischen und physischen Schäden gekommen sind. Diese Menschen haben praktisch die Möglichkeit, einen Antrag auf Anerkennung ihrer Schäden zu stellen, aber sie haben nur theoretisch die Chance, dass diesen Anträgen stattgegeben wird.

Diese Geschädigten müssen nämlich nach Gesetzeslage den Nachweis erbringen, dass ihr Scha-

den aus der Haft herrührt. Da es in der DDR offiziell keine politischen Gefangenen, sondern nur Kriminelle gegeben hat, ist natürlich auch das Unglücksschicksal dieser betroffenen Menschen nicht protokolliert worden.

Ich möchte die Leistungen bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts nicht kleinreden. Kein Land dieser Welt, das eine Diktatur hinter sich gebracht hat, hat die Aufarbeitung des Unrechts und die Transparenz der Aufarbeitung so konsequent absolviert wie wir hier in Deutschland.

Aber wir müssen diesen Weg auch mit Respekt voreinander zu Ende gehen und nicht irgendwo stehen bleiben, weil wir glauben, es wäre alles schon so lange her und alles schon erledigt.

Nur ein Beispiel: Vor fünf Jahren bin ich im Deutschen Bundestag auf Werbetour gewesen, um 75.000 € für das Projekt Aufklärung der politischen Zwangsadoptionen in der DDR zu akquirieren. Unter anderem war ich bei dem Haus-

haltspolitiker Kahrs, aus Hamburg. Herr Kahrs merkte an, das sei doch schon so lange her.

Ich habe mutig geantwortet: „Herr Kahrs, Sie würden so etwas nicht über die NS-Zeit sagen“. Weiter habe ich ihm ins Gesicht gesagt, selbst wenn es nur einen einzigen Fall gäbe, in dem eine politische Zwangsadoption vermutet werden könnte, wäre es unsere gemeinsame Pflicht, alles Menschenmögliche zu tun, um dieses eine Schicksal so oder so aufzuklären. Ich habe weiter gesagt: „Wir sind hier nicht in Mexiko, wo ganze Gruppen von jungen Frauen oder Männern verschwinden, ohne dass einer außer den Angehörigen nach ihnen sucht“. [Beifall]

Natürlich ist die Förderung des Projektes Aufklärung der Zwangsadoption auf den Weg gebracht worden, aber erschütternd und empörend fand und finde ich diese Einstellung.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein letztes Beispiel anführen, um darzustellen, dass ein

Gesetz zwar rechtmäßig und trotzdem ungerecht sein kann.

Die Flüchtlinge, die lange vor dem Fall der Mauer in den freien Teil Deutschlands geflüchtet oder übergesiedelt sind, sind in das Rentensystem eingepflegt worden. Dazu erhielten alle Rentenverläufe für die in der DDR geleistete Arbeitszeit das Kürzel FRG (Fremdrentengesetz). Nach der Wiedervereinigung war natürlich das Rentensystem insgesamt neu zu regeln und die 17 Millionen DDR-Bürger waren in unser Rentensystem aufzunehmen. So weit, so gut und soweit richtig!

Die ehemaligen Flüchtlinge haben die Folgen dieses Rentenüberleitungsgesetzes erst bei der Antragstellung auf ihre Altersrente bemerken können, da die Rente teilweise mehrere 100 € niedriger ausfällt, als es die Ihnen bekannten Rentenverläufe auswies. Die Berechnungsgrundlage Fremdrentengesetz wurde gestrichen und ein anderer, schlechterer Wert angenom-

men. Nun, das Gesetz ist wohl rechtmäßig, aber ich meine, es ist ungerecht.

Warum, werden Sie fragen: Nun ja, man hätte den betroffenen Flüchtlingen mitteilen müssen, dass sich bei der Rentenberechnung etwas Grundlegendes geändert hat.

Wenn man diese Betroffenen informiert hätte, dann hätten sie selbst, wie wir's heute als selbstverständlich ansehen, Privatvorsorge treffen können. Als Rentner kann man aber keine Vorsorge mehr treffen. Auch wenn dieses Gesetz rechtmäßig sein sollte, ist es ungerecht, weil gegen Vertrauen verstoßen wurde.

Wir wissen heute, dass jede Leistungsänderung von Versicherungen, Stromlieferanten und so weiter den Kunden mitgeteilt werden muss.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch betonen, dass ich niemanden, der an solchen

Entscheidungen beteiligt war, böse Absicht unterstelle, aber ich denke, es ist angesichts der wenigen Beispiele, die ich vorgetragen habe, auch angeraten, aufmerksamer zu sein, wenn es um die Anliegen der SED-Opfer geht.

Hier, meine Damen und Herren, setzen wir große Hoffnungen in die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Frau Zupke. Sie wird keine Wunder vollbringen, sie wird aber, das weiß ich, sich tatsächlich für die Anliegen der SED-Opfer einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass die Anliegen der SED-Opfer nicht im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses und damit auch nicht im Fokus der Politik stehen. Vielleicht haben 20 Prozent der Deutschen eine Verbindung zu dieser Thematik, aber die Menschen, über die ich spreche, sind nicht die, die Krawall machen oder gelbe Farbe um die Siegessäule herum-schütten, um spektakulär auf sich aufmerksam zu machen.

Wir sprechen hier über ehemalige SED-Opfer, demokratiefeste Bürgerinnen und Bürger, die still leiden.

Das ist nicht recht!

Ich bin sehr dankbar, dass sich die UOKG und damit auch alle unsere Mitgliedsverbände einer wachsenden positiven Aufmerksamkeit in der Politik erfreuen. Wir kriegen Zuspruch von offiziellen Stellen, aber auch von Abgeordneten, die unsere Arbeit wertschätzen.

Es gibt aber auch Akteure, die versuchen, die SED-Opfer Verbände oder einzelne Persönlichkeiten in ein schlechtes oder in ein „rechtes“ Licht zu rücken.

Die wissenschaftlichen Fakten sind, wie die Studie aus Brandenburg zeigt, andere. Vermutlich steckt dahinter immer noch der Traum von einem Sozialismus, der besser ist als jede andere Gesellschaftsordnung.

Dieser Traum sollte eigentlich ausgeträumt sein!

Ich möchte im Weiteren auf meine Vorgänger eingehen, um dafür zu werben, dass man diese Menschen nicht anhand einer einmaligen Äußerung, sondern anhand ihrer Lebensleistung beurteilen sollte.

Ich erinnere an Lothar Brauer, den Gründungsvorsitzenden der UOKG.

Zusammen mit seiner Frau Heidrun gründete er die Initiativgruppe Buchenwald und ihnen ist es zu verdanken, dass die Öffentlichkeit auf die Massengräber im Speziallager Buchenwald aufmerksam wurde. Mit seiner Person verbindet sich ein glaubwürdiger Beginn der Aufarbeitung der politischen Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und früheren DDR.

Ich erinnere an Roland Bude.

Seit März 1992 war er Vorsitzender der UOKG

und im weiteren Vorstandsmitglied bis 2001. Roland Bude wurde im März 1926 in Freiwaldau, Slowakei, geboren. 1943 wurde er als Luftwafenhelfer verpflichtet, legte 1944 sein Notabitur ab und wurde 1944 zur Wehrmacht einberufen. Er kam an die Ostfront und geriet 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er auf abenteuerlichen Wegen flüchten konnte. Er studierte 1947 und 1948 an der Uni Jena Slawistik. Am 13. Juli 1950 wird er verhaftet und am 31. Oktober durch ein sowjetisches Militärtribunal in Schwerin zu zweimal 25 Jahren Straflager verurteilt. Er erhielt keine Möglichkeit, sich zu verteidigen oder Entlastungszeugen zu benennen. Das zusammengefasste Strafmaß für Roland Bude betrug 25 Jahre Straflager. Aus der Lagerhaft in Workuta wird er 1955 durch die Bemühungen von Kanzler Adenauer entlassen. Er zog nach München und setzte sein Studium fort. Neben seiner Tätigkeit im Gesamtdeutschen Ministerium engagierte er sich gesellschaftlich bei der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts.

Ich erinnere an Gerhard Finn.

Gerhard Finn war von 1994 bis 2002 Bundesvorsitzender der UOKG. 1945 am ersten Weihnachtsfeiertag wurde er das Opfer einer Kettenverhaftung des sowjetischen Geheimdienstes. Der KGB verhaftete Personen, um sie so lange zu verhören, bis weitere Verdächtige benannt wurden. Mit den neuen Verdächtigen wurde die gleiche Methode praktiziert. Gerhard Finn wurde als sogenannter Werwolf eingeordnet. Wir wissen heute, dass diese Verhaftungen wahllos erfolgten. Nach endloser Untersuchungshaft, begleitet von Misshandlungen, wurde er im Mai 1946 in das Speziallager Buchenwald eingeliefert. Von dort wurde er 1948, schwer an Tuberkulose erkrankt, entlassen. Gerhard Finn ging nach West-Berlin und engagierte sich zusammen mit Rainer Hildebrand in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Trotz seiner schweren Erkrankung engagierte er sich in Verbindung mit dem Roten Kreuz und baute die Suchdienstkartei auf. Er knüpfte Kontakte zu ehemaligen Häftlingen und ermunterte sie, aktiv

zu werden und Initiativen zu gründen. In seiner Zeit als Vorsitzender der UOKG stabilisierte sich deren Arbeit. Im Beirat der Gedenkstätte Hohen Schönhausen leistete er wertvolle Arbeit.

Ich erinnere an Horst Schüler.

Horst Schüler wurde 1924 in Potsdam-Babelsberg geboren. Sein Vater war Sozialdemokrat und verstarb schon 1942 im KZ Sachsenhausen. Um weitere Verhaftungen in seiner als NS-feindlich angesehenen Familie zu vermeiden, meldete er sich freiwillig an die Front. 1946 kehrte er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach Potsdam zurück. Im November 1951 wurde er verhaftet, weil er sich weigerte, als Spitzel für den KGB tätig zu werden. Es folgten sechs Monate Untersuchungshaft im KGB-Gefängnis Lindenstraße Potsdam. Das Gefängnis, in dem er genau zehn Jahre zuvor als 17-Jähriger seinen dort inhaftierten Vater Fritz Schüler besuchte, einen verdienten Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Im März 1952 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärtribunal wegen

Spionage zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Es folgte die Verschleppung in die Strafregion Workuta. 1955 kam er wie andere Gefangene durch das Engagement von Kanzler Adenauer frei. 1993 wurde Horst Schüler durch die russische Generalstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Seit 1996 war er Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta, die bis heute in seiner Nachfolge eine herausragende Arbeit leistet. Von 2001 bis 2007 war Horst Schüler Vorsitzender der UOKG. Da ich die Ehre und das Vergnügen hatte Horst Schüler kennen zu lernen, möchte ich anfügen, dass seine Geradlinigkeit und sein unerschütterliches Bekenntnis zur Demokratie mich stark beeindruckt haben. Von der Bundesrepublik Deutschland wurde er für sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt.

Ihm folgte Rainer Wagner als Bundesvorsitzender der UOKG.

Rainer Wagner wurde 1951 in Weißenfels geboren. Er weigerte sich schon als Schüler, beim Aufbau des Sozialismus mitzuwirken. Er verweigerte

Jugendweihe, Freie Deutsche Jugend und erhob das Wort in der Schule gegen die SED. Schon mit 15 Jahren versuchte er seine erste Flucht und wurde zu 14 Monaten Haft verurteilt. 1968 wurde er entlassen, um zugleich erneut einen Fluchtversuch zu wagen. Von 1972 bis 1974 studierte er Theologie. Wegen der Erkrankung seines Sohnes konnte er 1984 in den Westen übersiedeln und engagierte sich in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus. 1995 wurde Rainer Wagner rehabilitiert. Auch er erhielt für seine Verdienste das Bundesverdienstkreuz. Er trug wesentlich dazu bei, Missstimmungen zwischen Opferverbänden zu klären und die Initiativen und Verbände zu einer verstärkten Zusammenarbeit zu bewegen. Unter dem Vorsitz von Rainer Wagner nahm die Forderung nach dem Amt eines Opferbeauftragten, einer Opferbeauftragten ihren Anfang, nun haben wir eine.

Meine Damen und Herren, wenn ich Sie am Leben meiner Vorgänger habe teilnehmen lassen, dann tue ich dies ausschließlich, weil ich ab und an zur

Kenntnis nehmen musste, wie abfällig diese verdienten Männer mit ihren Leistungen, aber auch den Entbehrungen und Leiden, von dem einen oder anderen Mitbürger, darunter einige Wissenschaftler und Meinungsbildner, behandelt werden.

Meine Vorgänger haben sich ab und an hart zu politischen Vorgängen und Sachverhalten geäußert. Aber diese Männer haben mehr dazu beigetragen, die Demokratie zu stärken, als viele von denjenigen, die sich jetzt in Kritik an ihnen üben.

Ich danke an dieser Stelle, 30 Jahre nach Gründung der UOKG, allen Männern und Frauen, die sich in Initiativen und Verbänden an der Aufarbeitung des SED-Unrechts in SBZ und DDR beteiligt haben.

Lasst uns gemeinsam die Kraft aufbringen, um diese Arbeit weiter zu leisten, den Respekt vor den Opfern zu verstärken und lasst uns vor allem gemeinsam für unsere Demokratie eintreten. [Beifall]

Grußwort von Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag

Guten Tag,

sehr geehrte Frau Staatsministerin Grütters,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Wanderwitz,
sehr geehrter Herr Senator Lederer,
sehr geehrter Herr Hollmann,
sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Frau Budde,
sehr geehrte Frau Motschmann,
sehr geehrte Frau Lazar,
und natürlich lieber Herr Dombrowski
und Frau Petra Dombrowski
und liebe Mitglieder der UOKG,
ich weiß, Frau Ottmann ist hier,
Frau Schlegel ist hier,
Herr Schönemann ist hier,
Frau Bennewitz ist hier,
und Frau Helber ist hier.



Evelyn Zupke, Opferbeauftragte des Deutschen Bundestages (Foto: StUA/Witzel).

Ich habe bestimmt jemanden vergessen, aber ich freue mich ganz besonders. Ich habe es oft früher erlebt, dass es Festveranstaltungen gab, bei denen dann gar nicht so viele Betroffene oder eigentlich die Leute, die dahin gehören, dabei waren, deshalb finde ich das ganz schön.

Vor rund drei Wochen war ich nämlich beim ersten Frauenkongress der UOKG in Hoheneck.

Gemeinsam mit der stellvertretenden Vorsitzenden Frau Carla Ottmann bin ich durch den Hafttrakt gegangen. Sie, Frau Ottmann, haben mir den Ort gezeigt, an dem sie selbst und tausende andere Frauen gequält und entwürdigt wurden.

Sie, Frau Ottmann, haben mir erzählt von dem Baum, der Baum vor den Mauern des Gefängnisses. Sie erlebten diesen Baum in all seinen Jahreszeiten. Ein Sinnbild für die Hoffnung, an der Sie festgehalten haben. Mit seinen Jahreszeiten träumten Sie sich in die Freiheit während Ihres Haftganges (denn nur dort konnten sie ihn erblicken) von dort. Sie erträumten sich in die Freiheit zu Ihrer damals fast dreijährigen Tochter! Sie haben mir das erzählt, das hat mich einfach zutiefst berührt.

Auch beim anschließenden Kongress habe ich so viele Frauen erlebt, denen unvorstellbares

Leid widerfahren ist. Menschenunwürdige Haft, Entzug der Kinder, Zerreißen von Familien und Zwangsarbeit - wie Herr Dombrowski auch schon erwähnt hat - vor allem für westdeutsche Firmen.

Ein Unrecht, was teils erst heute - nach über 30 Jahren- öffentlich wird und wo unbedingt etwas getan werden muss.

Aber ich habe eben diese Frauen auch erlebt, die sich nicht nur als Opfer sehen. Sie kämpfen heute für Aufklärung, sie kämpfen für Gerechtigkeit. Diese Frauen haben sich ihre Tatkraft und ihren Lebensmut bis heute nicht nehmen lassen. Und sie stehen für mich für das, was die UOKG seit 30 Jahren ausmacht.

Ihnen, lieber Herr Dombrowski und liebe UOKG, ist es gelungen, einen Ort zu schaffen, an dem die Opfer Halt finden. Wo sie sich angenommen und verstanden fühlen können. Die UOKG setzt sich für die Interessen der Opfer ein, aber Sie sind eben auch mehr als nur Lobbyisten für die

eigenen Anliegen. Sie sind ein Motor für die Aufklärung über die SED-Diktatur.

Als Zeitzeugen in Schulen und als Initiatoren einer Vielzahl von Erinnerungsorten, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, leisten die Mitglieder der UOKG einen wichtigen Beitrag dafür, unsere Gesellschaft für den Wert von Menschenrechten und Freiheit zu sensibilisieren. In den letzten 30 Jahren wurde auch gerade dank des unermüdlichen Einsatzes der UOKG viel erreicht für die Opfer:

- die Rehabilitierungsmöglichkeiten
- die Opfer-Rente
- und schließlich auch, dass Orte wie dieser, die ehemalige Stasi-Zentrale, Orte wie das ehemalige Gefängnis in Hohenschönhausen oder das ehemalige Frauenzuchthaus in Hoheneck von Orten des Unrechts zu Orten des Erinnerns und Aufklärens werden konnten.

Doch die heutige Lage der Opfer zeigt uns auch, wieviel noch vor uns liegt:

- z. B. für viele in Westdeutschland lebende Opfer ist der Zugang zu Beratung und Hilfe noch mit weiten Wegen verbunden. Wer über hunderte Kilometer mit dem Zug fahren muss, der schreckt vor dem Besuch einer Beratungsstelle zurück.
- Viele Opfer – und das liegt mir ganz besonders am Herzen – kämpfen bis heute mit gesundheitlichen Folgeschäden ihrer Haft und der dort geleisteten Zwangsarbeit und viele von ihnen sind dem jahrelangen Kampf um Rehabilitierung und Wiedergutmachung leid. Da muss unbedingt etwas passieren, um dieses Begutachtungswesen zu verkürzen, zu vereinfachen. Das sehen wir aktuell z.B. bei den Rehabilitierungsverfahren auch gerade bei den Menschen, die in Jugendwerkhöfen gesessen haben. Das Thema der Zwangsaussiedlung und Rentenrechts hat Herr Dombrowski be-

reits ausführlich erwähnt, das gehört natürlich auch mit dazu.

Ich wünsche mir, dass wir 30 Jahre nach der Wiedervereinigung die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht als unsere gemeinsame gesamtdeutsche Aufgabe begreifen.

Viel mehr westdeutsche Bundesländer müssen dem Beispiel von Niedersachsen folgen, Beratungsstellen für die Opfer einzurichten. Es kann nicht sein, dass der damalige oder heutige Wohnort über den Zugang zu solchen Möglichkeiten entscheidet.

Auch wenn eine Reihe von Instrumenten zur Entschädigung und Unterstützung da sind, sage ich ganz deutlich: Da muss vieles noch besser werden.

- Wir brauchen eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung für die Arbeit der Opferverbände.

- Wir brauchen eine Vereinfachung bei der Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für die Opfer. Ganz besonders dort, wo es um die gesundheitlichen Schäden geht. Kein Opfer der SED-Diktatur sollte heute mehr an den Hürden der Bürokratie und anderer Dinge scheitern.

- Wir brauchen einen gesamtdeutschen Härtefallfond, der schnelle und unbürokratische Hilfe ermöglicht.

Die Opfer können nicht warten. Eine Hilfe, die zu spät kommt, die ist vielleicht keine Hilfe mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam mit der Politik diese Themen jetzt weiter angehen. Als Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur werde ich jedenfalls hierfür kämpfen.

Es ist für mich persönlich bewegend, heute mit Ihnen an diesem Ort zu sein. Dort im Haus 1, dort wo früher Erich Mielke im Auftrag der SED

die Unterdrückung der Menschen organisiert hat, dort sitzt heute die UOKG. Hier finden die ehemals Unterdrückten Beratung, Hilfe und Gemeinschaft. Ein stärkeres Zeichen für den Sieg der Demokratie über die Diktatur kann es für mich nicht geben!

Die Mitglieder der UOKG haben in der DDR gekämpft für Freiheit und Selbstbestimmung. Nicht nur für sich persönlich, auch insbesondere für ihre Kinder und für die gesamte Gesellschaft.

Wenn wir auf das Unrecht schauen, was ihnen widerfahren ist, ist eines ganz deutlich: Sie sind Opfer geworden eines unmenschlichen Regimes.

Aber: Sie sind auch Helden. Der Widerstand gegen das Regime begann nicht erst 1989. Ohne den jahrzehntelangen Kampf gegen die SED-Diktatur für den Menschen wie Sie, liebe UOKGler, einen hohen Preis zahlen mussten,

hätte es die Friedliche Revolution im Herbst 1989 und auch die Wiedervereinigung nicht gegeben.

Den Opfern helfen und eine Brücke in die kommenden Generationen schlagen, das sehe ich als unseren gemeinsamen Auftrag und ich wünsche Ihnen, liebe UOKG, weiterhin die notwendige Unterstützung durch die Politik und durch die Gesellschaft und ich freue mich auf die kommenden Jahre mit ihnen!

Vielen Dank!

[Die Rede wurde unverändert der folgenden Adresse entnommen:

https://www.bundestag.de/parlament/sed-opferbeauftragte/Rede_Interviews/20210826-uokg-festakt-856162

[Beifall]

Grußwort von Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fühlen Sie sich bitte alle protokollarisch korrekt angesprochen und begrüßt [Heiterkeit].

Aber ganz besonders möchte ich Dieter Dombrowski stellvertretend für die Opferverbände und Verbandsvertreter hier im Saal und überhaupt die Opfer politischer Verfolgung begrüßen. Die UOKG und uns als Stiftung verbinden von den dreißig Jahren, die die UOKG besteht, 23 lange Jahre. In diesen 23 Jahren haben wir so manches auf den Weg bringen können, einiges gemeinsam erreicht, mit tatkräftiger Unterstützung der Landesbeauftragten und anderer Institutionen sowie und vor allem der Politik – ohne die all dies nicht möglich gewesen wäre. Meine Vorredner haben darauf bereits hingewiesen, so dass ich dies hier nicht wiederholen muss.



Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Foto: StUA/Witzel).

Aber es ist auch noch einiges offengeblieben. Auch das ist hier schon erwähnt worden: Die Erleichterung bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden ist auf das Jahr 2024 vertagt worden. Das ist aus meiner Sicht ein Unding, wenn man bedenkt, wie wenig Anträge auf Anerkennung von Gesundheitsschäden in den ver-

gangenen dreißig Jahren anerkannt worden sind und derzeit immer noch nicht anerkannt werden.

Wir haben weitere offene Themen, die auch schon genannt worden sind: Die Rentenfrage für die sogenannten Republikflüchtigen, die Übersiedler aus der DDR in den Westen, die Haftzwangsarbeit, die Zwangsadoptionen, die Zwangsaussiedelung, die Unterstützung für Kinder und Jugendliche, die Opfer politischer Verfolgung geworden sind.

Uns vereint auch noch ein zweites Anliegen mit der UOKG, ein zweites großes Thema: Das ist die Verankerung des Wissens über diese Diktatur in den Schulen und in der Bildungsarbeit. Wir haben gemeinsam viel erreicht. Einerseits ist das Thema seit Anfang der 2000er Jahre in allen Lehrplänen aller Schulen verankert. Aber das eine ist, dass das Papier geduldig ist. Und dass etwas in den Lehrplänen steht, heißt noch lange nicht, dass es unterrichtet wird. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass es ein ganz selbstverständliches Thema im Unterricht wird – in Ost

und West und Nord und Süd, dass es als gesamtdeutsches Thema verankert ist, das unsere jüngere Vergangenheit prägt und Folgen bis heute hat – nicht nur für die Betroffenen von politischer Verfolgung und Willkür, sondern für unsere Gesellschaft als Ganzes.

So wichtig auch außerschulische Lernorte sind, so wichtig die Arbeit der Opferverbände und der Zeitzeugen bei der Aufklärung ist: die Schule muss der erste und wichtigste Ort bleiben, an dem Wissen über die kommunistische Diktatur vermittelt wird, denn Gedenkstätten oder Zeitzeugen sind kein Ersatz für schulische Bildung.

Ein drittes Thema, das uns dank der Beschlüsse des Bundestages und der Initiative von BKM (Staatsministerin für Kultur und Medien /CS) mit der UOKG eint, das ist die Errichtung eines sichtbaren Zeichens in der politischen Mitte Berlins, eines Denkmals zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland. [Anm. A.K.: Wir haben mit

Bedacht von den Opfern der kommunistischen Diktatur in Deutschland gesprochen. Denn die kommunistische Herrschaft war kein „ostdeutsches“ oder osteuropäisches Phänomen, das nur östlich der Elbe Opfer hatte. Denken Sie nur an die aus dem Westen in den Osten verschleppten Menschen oder an jene Apologeten der kommunistischen Diktaturen, die im Westen Werbung für Stalin, Mao oder Pol Pot machten und die in der sozialistischen Herrschaft ein Modell für eine gute Gesellschaft sahen und sehen.]

Dank der Initiative der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Katrin Budde, Monika Lazar, Marco Wanderwitz, Monika Grütters und vieler anderer hat es noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Beschluss gegeben, eine Absichtserklärung, eine Willenserklärung, dass dieses Denkmal an dem Standort entlang Scheidemannstraße, Heinrich-von-Gagern-Straße in der Mitte des politischen Berlins mit Blick auf den Bundestag oder im Blick des Bundestages errichtet werden soll.

Und wir brauchen, lieber Klaus Lederer, im Moment wirklich dringend die Unterstützung der Politik – von BKM, der Bundesregierung, aber auch des Landes Berlin, damit dieser Standort für das Denkmal „festgemacht“ wird. Ohne die Festlegung auf diesen Standort stoppt das Verfahren und damit die Realisierung dieses Denkmals, dieses Mahnmals. Und meine Hoffnung – und ich denke, ich kann da auch für Herrn Dombrowski und die UOKG sprechen – ist, dass wir am 17. Juni 2023 mit all den Unterstützern aus dem politischen Raum, mit den Vertretern der Opferverbände, den Betroffenen und den Opfern, zum 70. Jahrestag der Erinnerung an den Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR den Grundstein für dieses Mahnmal an diesem repräsentativen Ort setzen können. Damit können wir ein weiteres Zeichen setzen, dass die Betroffenen, dass die Opfer, dass die kommunistische Diktatur im Blick der Politik ist und bleibt – und in der gesellschaftlichen Mitte verankert ist.

Vielen Dank. [Beifall]

Grußwort von Tom Sello, Berliner Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Lieber Herr Dombrowski,
liebe Vertreterinnen und Vertreter
der Opferverbände,
meine Damen und Herren,

wie meine Vorrednerin bitte ich Sie, dass Sie sich mit dieser Anrede alle als vollständig und korrekt angesprochen fühlen. Ich wiederum versuche mich an der früheren Aufforderung an Telefonzellen zu orientieren: „Fasse dich kurz!“, denn neun Redebeiträge haben Sie bis jetzt schon gehört und tapfer durchgehalten.

Im Jahr 2006 trat der damalige UOKG-Geschäftsführer Detlef Stein an meinen Amtsvorgänger heran. Er beantragte die Förderung einer Stelle zur sozialen Beratung von Verfolgten der kommunistischen Diktatur.



Tom Sello, Berliner Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Foto: StUA/Witzel).

Dies geschah zu einer Zeit, als die ersten Beratungsstellen bereits ihre Tätigkeit einstellten, weil ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Altersgründen ausschieden. Nachfolger für die wichtige und immer noch notwendige Arbeit waren schwer zu finden.

Die UOKG hat versucht, gegenzusteuern und jüngere Menschen für die Beratung zu gewinnen. Das ist – zumal aus heutiger Perspektive – sehr zu begrüßen. Denn dadurch wird die wichtige Tätigkeit zumindest personell für die Zukunft sichergestellt.

In den Rückblick auf die von der UOKG geleistete Arbeit mischt sich Trauer: Detlef Stein, der die Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten vor 15 Jahren angeschoben hat, ist leider im vergangenen Jahr viel zu früh verstorben.

Und wir trauern um Carola Schulze, deren Tod vor einigen Monaten eine Lücke gerissen hat. Kompetent, zugewandt und freundlich hat sie sich in der Opferberatung mit ganzer Kraft für die Betroffenen eingesetzt, auch und gerade für die scheinbar hoffnungslosen Fälle. Von ihren Erfahrungen haben viele ihrer Kolleginnen und Kollegen profitieren können.

Carola Schulze und Detlef Stein haben die UOKG geprägt, jeder auf seine Weise.

Im Laufe der Jahre hat sich die Arbeit der UOKG immer mehr spezialisiert. Die eher auf psychosoziale Aspekte ausgerichtete Beratung wurde bald mit juristischen Inhalten ergänzt. Und seit nun schon zehn Jahren gibt es einen Anlaufpunkt für Menschen, die Zwangsadoption in der DDR erlebt haben.

Die Beratungen sind aus meiner Sicht dabei stetig professioneller geworden. Das zeigen die Rückmeldungen von den Betroffenen.

Die UOKG und der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte können auf eine langjährige, fruchtbare Zusammenarbeit zurückblicken: So pflegen wir einen engen fachlichen Austausch in Supervisionsrunden und Fallbesprechungen. Und seit 14 Jahren wird die Beratungsarbeit der UOKG über meine Behörde finanziell gefördert.

Inzwischen werden mehr als drei Vollzeitstellen und damit die gesamte personelle Ausstattung der UOKG-Beratungsstelle finanziert. In diesem

Jahr erhält die UOKG dafür knapp 193.000 Euro. Über die Jahre sind insgesamt 2,1 Millionen Euro geflossen.

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang betonen: Das Land Berlin übernimmt hier eine Finanzierung für eine Institution, die als Dachverband bundesweit aufgestellt ist, die von Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet um Beratung angefragt wird. Dass dies durch das Land Berlin ermöglicht wird, erscheint mir sehr notwendig. Indem die UOKG mit ihrer Beratungsstelle auch Menschen berät, die außerhalb Berlins ihren Wohnsitz haben, füllt sie eine Lücke, die leider in den Beratungsangeboten für Verfolgte der SED-Diktatur immer noch besteht.

Vor allem in den alten Bundesländern fehlen angemessene, flächendeckende und professionelle Beratungsangebote für Fragen zu Rehabilitation und Wiedergutmachung. Die qualifizierte Beratung vor Ort muss auch dort dringlich sichergestellt werden. Und ich bin dankbar, dass

die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur diesen Missstand schon in ihren ersten Stellungnahmen angesprochen hat.

Die ersten Analysen einer durch meine Behörde beauftragten Studie zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin zeigen, dass die Opferberatung nach wie vor gebraucht wird. Deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass die Beratungsarbeit der UOKG in bewährter Qualität fortgeführt werden kann. Dabei werden wir uns sicher darauf einstellen müssen, dass sich die Beratungsinhalte perspektivisch verschieben: Da die Hilfesuchenden immer älter werden, werden Betreuungsaspekte zukünftig eine bedeutendere Rolle spielen.

Lieber Herr Dombrowski, liebe Mitglieder der UOKG – Sie können stolz sein auf das, was die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, was Sie in den vergangenen 30 Jahren geleistet haben. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich Ihnen persönlich und im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr herzlich.

Die Zukunft bringt neue Herausforderungen. Eine der größten davon ist der notwendige Generationswechsel. Nicht nur die Ratsuchenden, auch die Vertreter der Mitgliedsverbände werden älter. Es droht die Auflösung von Vereinen wegen Nachwuchsmangel.

Deshalb ist es unerlässlich, jüngere Menschen für die Auseinandersetzung mit kommunistischer Diktatur zu sensibilisieren. Für diesen Prozess wünsche ich Ihnen kreative Ideen, die nötige Kraft und viel Erfolg bei der Umsetzung. Danke.
[Beifall]

Verleihung der Goldenen Ehrennadel der UOKG an Dr. Roland Jahn

Dieter Dombrowski:

Meine Damen und Herren,

die UOKG vergibt selten Orden. Wir haben eine Goldene Ehrennadel und wir haben uns überlegt, dass wir Herrn Roland Jahn, der uns ein treuer Wegbegleiter gewesen ist, heute diese Ehre zuteilwerden lassen. Roland Jahn hat ja kürzlich vom Bundespräsidenten einen großen Orden verliehen bekommen. Den hat er selbstverständlich auch verdient. Aber unsere Goldene Ehrennadel – die nicht dazu berechtigt, in Berlin umsonst U-Bahn oder Straßenbahn zu fahren – soll ein aufrichtiger Dank sein, verbunden mit der Erwartung, dass Du, lieber Roland Jahn, uns auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehst. Es ist ja so: Der Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde hat ja nicht qua Amt die Aufgabe, die SED-Op-



Dr. Roland Jahn, der ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen, erhält von Dieter Dombrowski die Ehrennadel der UOKG überreicht (Foto: StUA/Witzel).

ferverbände zu betreuen, zu begleiten, sich auch in die Bresche zu werfen, wenn es um etwas geht, was uns weiterhilft. Aber das hat er getan. Das hat sicherlich auch mit seinem persönlichen Lebensweg zu tun. Der hat ja uns alle, die wir

ähnliche Lebenswege genommen haben, doch geschult und gestählt hat und auch entschlossen gemacht hat, Dinge nicht nur anzufassen, sondern auch zu Ende zu bringen.

Roland, ich darf Dich jetzt bitten. Ich bin kein großer Lobredner und neige auch nicht zu überschwänglichen Gefühlen. [zustimmendes Gelächter im Saal] Komm doch bitte her. [Beifall]

[Dieter Dombrowski übergibt Roland Jahn die rote Mappe mit der Urkunde und Ehrennadel.]

Dr. Roland Jahn:

Ich will jetzt nicht die Reihe der Grußworte ergänzen, sondern ich möchte einfach nur Danke sagen und Du, lieber Dieter [Dieter Dombrowski/CS] kannst sicher sein: Auch wenn es sehr würdevoll war, vom Bundespräsidenten eine Auszeichnung zu bekommen; das, was ich jetzt hier bekomme, das ist etwas, was mir besonders gut tut, das ist für mich ein Orden der Herzen.

Auf diesem Weg, den wir gemeinsam beschritten haben – und wir haben in den letzten zehn Jahren sehr intensiv zusammengearbeitet – da wart Ihr alle immer meine Partner. Das war für mich ständige Motivation für die eigene Arbeit. Und dieser Leitgedanke „Den Opfern gerecht werden und die Brücke in die nächste Generation schlagen.“ war etwas, was Ihr mir mit auf den Weg geben habt.

Ich freue mich, dass die Politik auch die Voraussetzung geschaffen hat, dass die Arbeit weitergeht. Die Abgeordneten des Bundestages – leider sind nicht mehr alle da – haben mit der dauerhaften Sicherung der Stasi-Akten im Bundesarchiv richtungsweisende Strukturveränderungen auf den Weg gebracht. Das heißt: Zukunft ist möglich. Auch die Reden heute, so zum Beispiel die neue Bundesbeauftragte für die Opfer Evelyn Zupke, haben das ja deutlich gemacht. Die Arbeit geht weiter. Herr Hollmann, der Präsident des Bundesarchivs und auch die Vizepräsidentin Frau Titze, zuständig für das Stasi-Unterlagen-



Zum Ende der Veranstaltung trafen sich viele Teilnehmer noch zu einem Gruppenfoto. Zu sehen sind (v.l.n.r.): Katrin Budde, Evelyn Zupke, Inge Bennewitz, Margot Jann, Roland Lange, Konstanze Helber, Tom Sello, Anna Kaminsky, Ernst-Otto Schönemann, Dieter Dombrowski, Elisabet Motschmann, Monika Grütters, Carla Ottmann, Klaus Lederer, Sybille Krägel, Marco Wanderwitz, Ines Geipel, Michael Hollmann, Alexandra Tietze. (Foto: StUA/Witzel).

Archiv, haben mir immer wieder bestätigt, dass das, was im Gesetz, steht als Auftrag für die Stasi-Unterlagen hochgehalten wird. Das gilt auch für die Vermittlung des besonderen Charakters des Stasi-Unterlagen-Archivs. Zusammengefasst kann man sagen, das Selbstverständnis, das ich immer wieder betont habe in unserer Arbeit: „Es geht nicht allein um Akten, sondern es geht um Menschen und ihre Schicksale.“, wird auch die Grundlage der weiteren Arbeit sein.

Also, in dem Sinne: Es geht weiter. Wir können stolz sein auf das Geschaffene, aber immer noch unzufrieden mit dem Erreichten. Das heißt: Es ist noch viel zu tun. Aber ich sehe ja hier genug

Mitstreiter, die den Weg weitergehen. Wir alle gemeinsam schaffen das. Alles Gute für die nächste Zeit. Ich hoffe, dass wir uns weiter begegnen. Ich bin ja Vereinsmitglied im Menschenrechtszentrum Cottbus, wo ich das Schicksal anderer auch geteilt habe. Mindestens dort werde ich präsent sein. Dankeschön. [Beifall]

[Nach einer kurzen Verabschiedung durch den Moderator, Benjamin Baumgart, wird der filmische Rückblick „30 Jahre UOKG“ gezeigt. Dieser Film durfte aus lizenzrechtlichen Gründen nicht über soziale Medien wie YouTube verbreitet werden. Er ist auf DVD bei der Geschäftsstelle der UOKG erhältlich.]

Ehrendes Gedenken

Die UOKG erinnert in ehrendem Gedenken an ihre ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren unermüdlichem Engagement sie viel zu verdanken hat.

Gerhard Finn, Bundesvorsitzender (1994–2002), † 11. November 2013
im Alter von 72 Jahren

Horst Schüler, Bundesvorsitzender (2002–2007), † 27. März 2019
im Alter 94 Jahren

Roland Bude, Bundesvorsitzender (1992–1994), † 17. April 2019
im Alter von 93 Jahren

Detlef Stein, Geschäftsführer der UOKG, † 4. November 2020
im Alter von 59 Jahren

Carola Schulze, Sozialberatung der UOKG, † 4. Mai 2021
im Alter von 52 Jahren

Ewald Ott, Schatzmeister der UOKG, † 13. September 2021
im Alter von 89 Jahren

Aus der Geschichte der UOKG: Die Kongresse

DreiBig Jahre der UOKG wären eigentlich ein Anlass, einmal ihre gesamte Geschichte zu untersuchen und aufzuschreiben. Im Rahmen einer Jubiläumsbroschüre ist dies auch nicht im Ansatz möglich. Aus diesem Grunde soll in an einem ausgewählten Beispiel gezeigt werden, was die UOKG geleistet hat.

Erzählt werden soll von den Kongressen der UOKG.

Am Zuwachs des Wissens über die SED-Diktatur hat sich die UOKG im Rahmen ihrer Möglichkeiten sehr intensiv beteiligt. Auch hier ist eine Entwicklung zu verzeichnen. Im Zentrum der folgenden Darstellung stehen die Kongresse. Zu berichten wäre auch über Abendveranstaltungen und die Vorträge zu den Verbändetreffen sowie vielfältige Kooperationen mit anderen Veranstaltern.

Anfang der 1990er Jahre bestand die Notwendigkeit, auf eine Fülle grundsätzlicher Fragen aufmerksam zu machen – und daneben auch die Geschichte der Opfer aufzuarbeiten. Mit der Entstehung einer „Aufarbeitungslandschaft“ in ganz Deutschland konnte die UOKG damit beginnen, sich auf die Geschichte und die Interessen der Opfer zu konzentrieren. Sie charakterisiert sich selbst seitdem als „Lobby und Interessenvertreterin der SED-Opfer“. Wie breit auch dieses Feld ist, kann anhand der Kongressthemen wenigstens ansatzweise nachvollzogen werden.

Die Kongresse der UOKG setzten in den letzten zehn Jahren den Fokus auf die Interessen der SED-Opfer und diejenigen Themen, die in der Aufarbeitung bisher zu kurz gekommen waren.

Dazu brachte die UOKG Vertreter von Politik und Medien mit Zeitzeugen und Wissenschaftlern zusammen. Im Ergebnis entstanden Veröffentlichungen, die weit über den unmittelbaren Hörerkreis hinausreichten.

5. bis 7. November 2004 Berliner Rathaus	Der Kommunismus und seine Folgen in Deutschland und Osteuropa
12. August 2006 Berliner Rathaus	„Kirche im Sozialismus“ Das Fanal von Zeitz und die Evangelische Kirche in der DDR-Gesellschaft
23. bis 24. Juni 2007 Berliner Rathaus	Künstler im Widerspruch zur SED-Diktatur
29. November bis 6. Dezember 2007 Berliner Rathaus	Veranstaltungsreihe: Vom Leben und Überleben Ehemalige Häftlinge und Verfolgte des Kommunismus im heutigen Osteuropa Ukraine, Bulgarien, Rumänien, Polen
11. bis 12. Oktober 2008 Berliner Rathaus	1968 – ein Jahr der Weichenstellung Freiheitsbestrebungen im Osten, Dogmatismus im Westen?
24. Oktober 2009 Berliner Rotes Rathaus	Die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Eine kritische Situationsbeschreibung und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten
16. Oktober 2010 Gedenkstätte Berliner Mauer	Mission erfüllt? Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung von DDR-Unrecht
28. Juni 2011 Gedenkstätte Berliner Mauer	Podiumsdiskussion „Psychiatrie in der DDR“

24. September 2011 Berliner Rotes Rathaus	Zwangsausgesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung
6. Oktober 2012 Gedenkstätte Berliner Mauer	Politische Schauprozesse als Mittel kommunistischer Herrschaftstechnik
26. Oktober 2013 Gedenkstätte Berliner Mauer	Defizite bei Rehabilitation und Entschädigung von SBZ/DDR-Opfern
20. September 2014 Stasi-Museum Berlin	Wir reden über Zwangsarbeit! Berichte von Zeitzeugen und die Ergebnisse der UOKG-Studie über die Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR
15. November 2014 Gedenkstätte Berliner Mauer	Ein Licht der Hoffnung und des Anstands. Formen des Widerstandes und der Opposition: 10 Juli 1944 und 1989.
10. Oktober 2015 Gedenkstätte Berliner Mauer	Verdrängter Terror – Sowjetische Spezial- und Internierungslager in Deutschland. 70 Jahre danach
30. Oktober 2015 Gedenkstätte Lindenstraße	Das deutsche Einigungswerk von 1990. Rückblick, heutige Lage und Perspektiven für Opfer und Betroffene der kommunistischen Diktatur
7. November 2015 Gedenkstätte Berliner Mauer	Entrückte Biografien – Politisch angeordneter Kindesentzug im Unrechtsstaat DDR
8. Oktober 2016 Gedenkstätte Berliner Mauer	Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Opfern der Haft und Repression während der SED-Diktatur

9. September 2017 Gedenkstätte Berliner Mauer	Kleine Brötchen oder großer Wurf? Wo stehen wir bei der Aufarbeitung von SED-Unrecht? Erreichtes – Defizite – Perspektiven
7. Oktober 2017 Gedenkstätte Berliner Mauer	Vorwärts – und schon vergessen? Der Kommunismus und seine verdrängten Opfer
13. Juni 2018 Gedenkstätte Berliner Mauer	Das Leiden der 2. Generation. Die Kinder politisch Verfolgter“ (Abendveranstaltung)
3. November 2018 Gedenkstätte Berliner Mauer	Vergessene Kinder? Die Nachkommen politisch Verfolgter
5. Dezember 2018 Berlin, Stasi-Zentrale	Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit – Auswirkungen und verwehrte Entschädigung heute (Abendveranstaltung)
7. Dezember 2019 Gedenkstätte Berliner Mauer	Frauen in politischer Haft
11. bis 13. Oktober 2020 Menschenrechtszentrum Cottbus	Tribunal: Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft
6. bis 8. Oktober 2021 Stollberg (Hoheneck)	Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR-Diktatur

Die Mitglieder der UOKG

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.
- Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
- Bund der Stalinistisch Verfolgten – Landesverband Berlin
- Bund der Vertriebenen e.V.
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- DDR-Museum in Pforzheim
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
- Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V.
- Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e.V.
- Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- Freiheit e.V. Erfurt
- Gedenk- und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e.V.
- Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus Berlin
- Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- Initiativegruppe „Lager X Berlin-Hohenschönhausen“
- Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Initiativegruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- Initiativegruppe Lager Mühlberg e.V.

- Initiativegruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945
- Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945–1989
- Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
- Menschenrechtszentrum Cottbus
- OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
- Pro Universitätskirche e.V., Leipzig
- Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) Salzgitter
- Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstrasse 54“ e.V. Potsdam
- VOK Deutschland e.V. – Vereinigung der Opfer des Kommunismus
- VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.



Die Technik hinter den Kulissen. Foto: Sachse/UOKG



*Impressionen
aus dem Publikum...
Foto: Sachse/UOKG*